

Wie rasch sich Interessengruppen für Zückerchen oder Subventionen gewinnen lassen, zeigt sich etwa bei Economiesuisse, dem Dachverband der Schweizer Wirtschaft. Anfang 2013 hatte der Verband unter der Führung des früheren Direktors Pascal Gentinetta bei der Vernehmlassung zum Gesetz noch die ordnungspolitische Grundfrage und Skepsis ins Zentrum gestellt. Die Vorlage, so wurde kritisiert, sei «stark von staatlicher Lenkung, Beeinflussung und Umerzichung in weiten Bereichen der Lebens- und Arbeitsgestaltung geprägt». Neue Subventionen hätten «finanzielle Abhängigkeiten vom Staat und damit wirtschaftlich nicht nachhaltige Lösungen» zur Folge. «Wir betrachten deshalb den ganzen politischen Mix von Regulierungen, Subventionen, Planungseingriffen und Bürokratie als nicht zielführend.» Heute herrscht im Dachverband der Schweizer Wirtschaft ein Patt. Von den Unterverbänden dürften die einen von der Energiestrategie profitieren, die andern darunter leiden, so dass Economiesuisse nun keine Parole zur Abstimmung herausgibt.

### Unterstützung von fast allen Seiten

Eindeutig auf der Befürworterseite ist beispielsweise der Verband Suissetec, der die Interessen der Gebäudetechnikbranche vertritt, die auf einen Jahresumsatz von knapp 6 Milliarden Franken kommt. Laut dem Verband steckt «die Hälfte aller Chancen zur Erreichung der Energieziele des Bundes» in den Gebäuden. Die Mitglieder sehen sich deshalb als «unumgängliche Partner für die konkrete Umsetzung der Energiewende». Das politische Lobbying ist dem Verband wichtig, die Regeln von Suissetec sehen Förderungen von Nationalrats- oder Ständeratskandidaturen mit einer Unterstützung bis 50 000 Franken pro Kandidatur vor. Im Ja-Lager befinden sich auch der Bauern- und der Gewerbeverband. Bei beiden Organisationen überwiegen offenbar die Hoffnungen der kleineren Unternehmer, mit Solaranlagen auf Scheunen oder mit Aufträgen für energetisches Aufrüsten bei der Energiestrategie zum Zuge zu kommen.

Etliche Verbände sind mit Politikern im Parlament vertreten. Der Verbindungsmann zu Suissetec ist der FDP-Nationalrat und Unternehmer Peter Schilliger, der zudem Mitglied der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) ist und im September für das Energiegesetz stimmte. Ebenfalls in der Urek und Gesetzesbefürworter ist sein Nationalratskollege Jacques Bourgeois (FDP), der hauptamtlich Direktor des Schweizer Bauernverbandes ist. An seiner Seite zieht der SVP-Nationalrat Markus Hausammann in die gleiche Richtung. Und auch von der Linken sind gleich mehrere Vertreter der Urek und Nationalräte mit mehreren Hüten auf dem Kopf eifrig am Antreiben der Umverteilung via Energiestrategie 2050, so Eric Nussbaumer (SP), Roger Nordmann (SP), Beat Jans (SP) und Martin Bäumle (GLP). ○

## Hochschulen

# Gefälligkeiten der Professoren

**Geld und politischer Filz erdrücken in der Schweiz die freie Forschung in Energiefragen. Wann merken es die Stimmbürger? Von Silvio Borner und Franz-Karl Reinhart**

Auch schweizerische Wissenschaftler wehren sich lautstark gegen die politische Unterdrückung im Ausland, aber übersehen die Notwendigkeit, vor der eigenen Türe zu kehren. Die schweizerische Energiepolitik ist korrumpiert – nicht durch offene Bestechung, sondern durch einen über die Jahre gewachsenen milliardenschweren Geldstrom und einen Filz aus Verwaltung, NGOs, Subventionsjägern und Profiteuren im Wissenschaftsbetrieb.

Dabei spielen die bundeseigenen Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) eine besonders traurige Rolle, weil es dort um sehr viel Geld geht. Sie treten als «Weltmarke» auf, obwohl alle Studien und Forschungsaufträge immer nur von einzelnen Professoren oder angegliederten Instituten des Bundes stammen. Der gerade von Bundesrätin Leuthard ständig bemühte Begriff «ETH-Studie» ist deshalb bewusst irreführend und verleiht selbst den absonderlichsten Studien und inkompetentesten Dozenten den ETH-Glanz.

### «Die ETH ist eine Bundesbehörde»

Die Nationalen Forschungsprogramme 70 und 71, aber auch die Kompetenzzentren (SCCER) sind wissenschaftlich skandalös, weil die Politik hier nicht erforschen lässt, ob die Energiestrategie 2050 überhaupt einen Sinn ergibt, sondern einzig und allein, wie man sie «politisch gehorsam und korrekt» umsetzen und – das ist jetzt der Clou – sie beim Volk beliebter machen kann. Da drängt sich leider der Vergleich mit ideologischen oder religiösen Diktaturen auf. Übertrieben? Der ehemalige Präsident der ETH, Prof. Ralph Eichler, liess sich in der NZZ so zitieren: «Die ETH ist eine Bundesbehörde. Sie kann sich nicht gegen den Bundesrat positionieren.» In einem uns vorliegenden Mail schreibt er gar: «Die ETH ist vom Bund finanziert und muss die Strategie des Bundesrats und des Parlaments unterstützen. Sie tut das mit der Energieforschung und bekommt dafür sehr viel zusätzliches Geld. Ja, so ist es!»

Solche rein politisch aufgegleisten Programme und Zentren sind weder eine Aufgabe des Staates und schon gar nicht der Wissenschaft. Nebst dem Geld spielt auch der personelle und institutionelle Filz eine zentrale, aber kaum durchschaubare Rolle.

Überall gibt es Beratungs- und Kontrollgremien, Expertenkommissionen und Aufsichtsorgane, die auf dem Papier unabhängig daherkommen, aber via Profitgier und/oder Ideologien übers Kreuz verfilzt sind. Bei der bundeseigenen Innovationsagentur KTI ist jetzt schon das Parlament stutzig geworden, beim Nationalfonds oder bei der SATW regt sich (noch) kaum Kritik, obwohl Missstände und Missbräuche offensichtlich sind.

Abschliessend wollen wir aufzeigen, welche fundamentalen Prinzipien der wissenschaftlichen Forschung durch Geld und Filz zugedeckt werden.

**1 — Ergebnisoffenheit:** Private Auftragsforschung ist vertretbar, wenn die Finanzierungsquelle und damit die Interessenlage offengelegt wird. Hier geht es aber um öffentlichen, sogenannten Advocacy Research in der Höhe von jährlich 300 Millionen Franken zu Lasten der gefangenen Steuerzahler und Stromverbraucher. Noch gravierender ist, dass zentrale Fragen zur Nuklearforschung, Geothermie oder Speichertechnik gar nicht erst gestellt werden.

**2 — Korrektur von Fehlern:** Auch freie Wissenschaftler machen Fehler. Dagegen gibt es die nachvollziehbare Methode der Falsifikation. Selbst wenn in einer Auftragsstudie beim Wind das Potenzial um das 10 000-fache überschätzt wurde, ist das nie offiziell zurückgenommen worden. Oder wenn man laut ABB heute schon bei Vollmond Solarstrom produzieren könne, müsste ein ETH-Institut richtigstellen, dass Mondlicht etwa 300 000-mal schwächer ist.

**3 — Publikationsfreiheit:** Mit öffentlichen Geldern bezahlte Studien müssen der Öffentlichkeit sofort frei zugänglich gemacht werden. Ergebnisse, die den Vorgaben von Frau Leuthard und den ihren hörigen Ämtern BfE und Bafu widersprechen, werden einfach von der Website genommen. So geschehen mit einer Studie, die die CO<sup>2</sup>-Speicherung im schweizerischen Untergrund erstmals kritisch analysiert (Häring) oder einer, die den Mehrbedarf an Strom von zirka 20 Prozent für die Elektromobilität nachweist (Paul Scherrer Institut).

**Silvio Borner** ist Publizist und em. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Basel, **Franz-Karl Reinhart** ist em. EPFL-Professor für Elektrotechnik.